

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (18. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Krista Sager, Kai Gehring, Priska Hinz (Herborn),  
weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 16/12687 –**

### **Zukunft schaffen, Bildung stärken – Bildungspolitische Herausforderungen als gesamtstaatliche Aufgabe ernst nehmen**

#### **A. Problem**

Die große Koalition ist 2005 mit dem Anspruch angetreten, die Rahmenbedingungen für Bildung und Wissenschaft umfassend zu verbessern. Im Zuge der Föderalismusreform I wurde ihr jedoch auf Bundesebene fast jede Möglichkeit genommen, wirkungsvolle Impulse in der Bildungspolitik zu setzen. Es zeichnet sich ab, dass die Ausgaben für die Konjunkturprogramme und die damit einhergehende Rekordverschuldung auf Kosten der Förderung der Wissenschaft gehen. In der beruflichen Bildung und der Weiterbildung blieb die große Koalition ebenfalls weit hinter ihren genannten Zielmarken zurück. Weiterhin sind die eingeleiteten Einzelmaßnahmen wie Kinderförderungsgesetz, Hochschulpakt, Reform des Meister-BAföGs oder Ausbildungsbonus unterfinanziert oder in entscheidenden Punkten unverbindlich.

#### **B. Lösung**

Die Bundesregierung wird aufgefordert, ihrer gesamtstaatlichen Verantwortung für den Bildungsbereich gerecht zu werden. Alle Länder müssen hinsichtlich ihrer Finanzausstattung in die Lage versetzt werden, ihrer Verantwortung nachzukommen. Dazu bedarf es einer Aufhebung des Kooperationsverbots zwischen Bund, Ländern und Kommunen sowie einer schrittweisen Umwandlung des Solidaritätszuschlages in einen sog. Bildungssoli. Zudem bedarf es einer Modernisierung des Investitionsbegriffs, eines Rechtsanspruchs eines jeden Kindes auf einen qualitativ hochwertigen Kita-Platz, einer individuellen schulischen Förderung von Kindern und Jugendlichen, eines Rechts auf Ausbildung sowie der Schaffung zusätzlicher Studienplätze. Lebenslanges Lernen ist konsequenter zu fördern und die Weiterbildung zu einer tragenden 4. Säule des Bildungssystems auszubauen.

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**C. Alternativen**

Annahme des Antrags.

**D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 16/12687 abzulehnen.

Berlin, den 17. Juni 2009

### **Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung**

**Ulla Burchardt**  
Vorsitzende

**Marcus Weinberg**  
Berichterstatter

**Dr. Ernst Dieter Rossmann**  
Berichterstatter

**Patrick Meinhardt**  
Berichterstatter

**Cornelia Hirsch**  
Berichterstatterin

**Krista Sager**  
Berichterstatterin

## Bericht der Abgeordneten Marcus Weinberg, Dr. Ernst Dieter Rossmann, Patrick Meinhardt, Cornelia Hirsch und Krista Sager

### I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/12687** in seiner 218. Sitzung am 24. April 2009 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur Beratung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärt, dass die große Koalition den bildungspolitischen Herausforderungen in der 16. Wahlperiode nicht annähernd gerecht geworden sei. Es wird von Seiten der Antragsteller eine große Diskrepanz zwischen den im Koalitionsvertrag festgelegten bildungspolitischen Zielen und Vorhaben und ihrer letztendlichen Realisierung festgestellt. Viele vermeintliche Impulse stellten sich als symbolpolitisch und substanzlos heraus:

#### Beispiel Bildungsgipfel:

Beim Bildungsgipfel sei das Ziel festgelegt worden, zukünftig sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Bildung ausgeben zu wollen. Die Frage, wie eine solche Steigerung der Bildungsausgaben erreicht werden könne, sei jedoch vertagt worden. Unerlässlich wären nach Auffassung der Antragsteller Vereinbarungen über zusätzliche finanzielle Anstrengungen mit begleitenden Strukturreformen, eine Verbesserung der frühkindlichen Förderung bis zur Weiterbildung, die Senkung von Schulabbrecherzahlen, ein längeres gemeinsames Lernen an Schulen bei individueller Förderung, der Ausbau der Ganztagschulen, eine Strukturreform der beruflichen Bildung sowie ein Ausbau von Studienplatzkapazitäten.

#### Beispiel Föderalismusreform II:

Um bei den Bildungsausgaben den Anschluss an den OECD-Mittelwert zu schaffen, müsste Deutschland jedes Jahr 22 Mrd. Euro mehr in die Bildung investieren. Die Föderalismuskommission II klammere jedoch die Bildungsfinanzierung völlig aus. Es sei weder eine Modernisierung des Investitionsbegriffs noch die Rücknahme des Kooperationsverbots erfolgt.

Von Seiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird eine Reihe von Vorschlägen gemacht, wie Länder und Gemeinden finanziell in eine bessere Lage versetzt werden könnten. Dazu gehöre die schrittweise Umwandlung des Solidaritätszuschlags in einen sog. Bildungssoli sowie die Modernisierung des Investitionsbegriffs.

#### Beispiel Konjunkturprogramm:

Beim Konjunkturpaket II wird eine falsche Prioritätensetzung diagnostiziert, da die in Aussicht gestellten Investitionen im Bildungsbereich hauptsächlich in die Modernisierung von Gebäuden fließe. Weiterhin fehle jede Garantie, dass die eingesetzten Mittel auch tatsächlich dem Bildungsbereich zugute kämen. Der Bund könne die Länder nicht daran hindern, in den Folgejahren ihre Bildungsausgaben zu kürzen. Problematisch sei auch, dass die Ausgaben für die Konjunkturprogramme und die damit einhergehende Re-

kordverschuldung auf Kosten von Bund-Länder-Programmen zur Förderung der Wissenschaft gingen.

#### Beispiel Kinderförderungsgesetz:

Ein bedarfsgerechter Ausbau der Infrastruktur im vorschulischen Bereich werde nach wie vor vernachlässigt. Die Bundesregierung habe sich in Verbindung mit der Schaffung von ganztägigen Betreuungsplätzen nur zu einem Rechtsanspruch durchringen können, der kein Recht auf Ganztagsbetreuung beinhalte. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hält eine Qualitätsoffensive für erforderlich, welche Maßnahmen einer umfassenden Aufwertung der Erzieherinnenausbildung, einer vernünftigen Grundqualifikation für Tagesmütter sowie einheitliche Grundstandards im gesamten Kinderbetreuungsbereich umfasse.

#### Beispiel berufliche Bildung:

Das im Koalitionsvertrag formulierte Ziel, dass jedem ausbildungswilligen und -fähigen Jugendlichen ein Ausbildungsangebot gemacht werde, sei verfehlt worden. Hunderttausende Altbewerber befänden sich nach wie vor in Warteschleifen der Übergangssysteme, wo sie ein undurchschaubares Dickicht an berufsvorbereitenden Maßnahmen erwarate.

Nach Ansicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN könnten die benötigten zusätzlichen Ausbildungsplätze nur durch den Ausbau von überbetrieblichen Ausbildungsstätten als drittem Lernort geschaffen werden. Bei dieser Ausbildungspraxis würden einige betriebliche Ausbildungsanteile von überbetrieblichen Ausbildungsstätten übernommen werden. Gefordert werde in diesem Kontext daher eine Modularisierung des Ausbildungssystems unter Beibehaltung des Berufsprinzips.

#### Beispiel Weiterbildung:

Im Koalitionsvertrag sei verkündet worden, dass die Weiterbildung zur 4. Säule aufgewertet werden solle. Die Beteiligung an der Weiterbildung solle bis 2015 von 43 Prozent auf 50 Prozent der Erwerbsbevölkerung steigen. Die Reform des Meister-BAföGs werde jedoch den Anforderungen an ein zukünftiges Erwachsenenbildungsgesetz nicht gerecht. Nur wenige neue Berufsfelder seien neu in die Förderung aufgenommen worden. Zudem sei die Weiterbildungsprämie mit 154 Euro zu gering bemessen, um damit die notwendige Anreizwirkung zu entfalten.

Ziel sei daher ein umfassendes Erwachsenenbildungsgesetz in Zusammenhang mit einem Erwachsenen-BAföG, mit dem staatlich anerkannte Weiterbildung mit einem einkommens- und vermögensabhängigen Mix aus Zuschuss und Darlehen gefördert werden solle.

#### Beispiel Hochschulpakt:

Die Chance auf mehr Hochschulabsolventen durch doppelte Abiturjahrgänge und steigende Studierendenzahlen gelte es zu nutzen, bevor der demographische Wandel auch die Hochschulen erreiche. Der Hochschulpakt habe sich bisher als weitgehend untauglich und erfolglos gezeigt, da er

grundlegende Konstruktionsfehler habe. Ein großes Problem sei seine Unterfinanzierung, da die Kosten pro Studienplatz viel zu niedrig angesetzt seien und ausreichend Mittel für die Schaffung zusätzlicher Studienplätze fehlten. Auf das Prinzip „Geld folgt Studierenden“ hätten sich die Länder wieder nicht verständigen können.

Nach Auffassung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wäre ein „Pakt für die Studierenden“ für eine flächendeckend gute Lehre und bessere Studienbedingungen nötig. Wichtig sei in diesem Kontext eine Erhöhung der Studienanfängerquote um mindestens 40 Prozent eines Altersjahrgangs, um den Fachkräfte- und Akademikermangel überwinden zu können.

### **III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse**

Der vorliegende Antrag wurde nicht zur Mitberatung an andere Ausschüsse überwiesen.

### **IV. Beratungsverlauf und -ergebnis im federführenden Ausschuss**

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat über die Vorlage in seiner 89. Sitzung am 17. Juni 2009 ohne Debatte abgestimmt. Er empfiehlt Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/12687 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Berlin, den 17. Juni 2009

**Marcus Weinberg**  
Berichterstatter

**Dr. Ernst Dieter Rossmann**  
Berichterstatter

**Patrick Meinhardt**  
Berichterstatter

**Cornelia Hirsch**  
Berichterstatterin

**Krista Sager**  
Berichterstatterin





